

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**33. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
(Wahlperiode 2013-2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.02.2017
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Herr Hans-Jürgen Schubert - GAL-Fraktion	
--	--

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	
--	--

Herr Dr. Marek Lengen - SPD	
-----------------------------	--

Herr Jochen Mauritz - CDU	
---------------------------	--

Frau Heidemarie Menorca - CDU	
-------------------------------	--

Frau Kerstin Metzner- SPD	
---------------------------	--

Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	
------------------------------	--

Herr Frank Zahn - SPD	
-----------------------	--

Herr Oliver Dedow - BfL	
-------------------------	--

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Joachim Hess - CDU	
-------------------------	--

Herr Christoph Otte - SPD	
---------------------------	--

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	
---------------------------------	--

Herr Olaf Wegner - BfL	
------------------------	--

Herr Rolf Müller - FDP	
------------------------	--

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Frau Katja Mentz - GAL-Fraktion	
---------------------------------	--

Verwaltung	
Herr Senator Ludger Hinsen	FBL 3
Frau Dr. Olga Koop	FBC 3
Frau Angela Neitzke	FBC 3
Frau Melanie Wöhlk	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Egbert Ohlow	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Klaus Breitrück	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Frau Barbara Schäfers	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Andreas Krause	5.610 - Stadtplanung und Bauordnung
Herr Jens Clasen	PR Stadtwald
Herr Walter Gaul	Stadtfeuerwehrverband

Protokollführung	
Herr Maik Schneider-Wendt	FBD 3

Gäste	
Herr Dr. Thomas Einfalt - hydro & meteo GmbH&Co.KG	nur im öffentlichen Teil

Sonstige Personen	
Frau Brigitte Dowideit	nur im öffentlichen Teil
Frau Ursula Drewek-Böhnke	nur im öffentlichen Teil
Frau Christa Fischer	nur im öffentlichen Teil
Frau Heike Heitmeier	nur im öffentlichen Teil
Herr Karl-Wilhelm Prasuhn - CDU	nur im öffentlichen Teil
Herr Heinz-Jürgen Riekhof - Forum für Migrantinnen und Migranten	nur im öffentlichen Teil
Herr Stephan Wiese	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus- Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Herr Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER&DIE LINKE	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Feststellung der Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.01.2017
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
4.2.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.1.	Abschiebungen in Lübeck/Aufenthaltsrechtliche Behandlung straffälliger AusländerInnen
4.2.2.	Projekt RainAhead
4.2.3.	Stickoxidwerte an Lübecker Straßen
4.2.4.	Baumfällungen ehem. Bahnhof Schlutup
4.2.5.	Erfahrungen „Semistationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen“
4.3.	Beantwortung von Anfragen
4.3.1.	Wasserqualität Kanaltrave
4.4.	Überweisungen aus der Bürgerschaft
4.4.1.	Ankündigung von Fällung von Bäumen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der GAL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4500) Vorlage: VO/2017/04587
4.4.2.	Ankündigung von Fällung von Bäumen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der BfL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4535) Vorlage: VO/2017/04588
4.4.3.	Verbot von Streusalz Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der GAL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4502) Vorlage: VO/2017/04589
4.4.4.	Baumpflege Untertrave - Austausch Antrag - Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der GAL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4562) Vorlage: VO/2017/04651
4.4.5.	Erhalt der Linden an der Untertrave - Antrag Einwohnerversammlung vom 05.07.2016; Überweisung aus der Bürgerschaft - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4009) Vorlage: VO/2017/04591
4.4.6.	Erhalt der Linden an der Untertrave mit künstlerischer Gestaltung - Antrag Einwohnerversammlung vom 05.07.2016; Überweisung aus der Bürgerschaft - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4010) Vorlage: VO/2017/04592
5.	Anträge

6.	Vorlagen
6.1.	Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für finanzielle Unterstützung des Walderlebnistags 2016 in Höhe von 3.000 EUR Vorlage: VO/2016/04468
6.2.	Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für finanzielle Unterstützung des Projekts "Themenweg Rittbrockpfad" in Höhe von 25.000 EUR Vorlage: VO/2016/04469
6.3.	Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck zur Unterstützung des Projekts "Wiedervernässung von Mooren in den Revieren Behlendorf und Lauerholz" in Höhe von 19.500 EUR Vorlage: VO/2016/04470
7.	Berichte und Antworten
7.1.	Förderung der E-Mobilität Vorlage: VO/2016/04454
8.	Neue Anfragen und Verschiedenes
8.1.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Anfrage des Ausschussmitglieds Mählenhoff: Entwicklung der Feinstaubbelastung der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2017/04566
8.2.	CDU - Anfrage des Ausschussmitglieds Menorca: Warnsysteme vor Katastrophen Vorlage: VO/2017/04575
8.3.	Anfrage Herr Schubert - Fledermäuse im Sellschopp-Haus
8.4.	Anfrage AM Mauritz - Warnung vor gefährlichen Gasen Vorlage: VO/2017/04660
8.5.	Anfrage AM Dr. Lengen - Bahnstrecke Lübeck - Bad Kleinen, Kosten Ausbau für die HL
8.6.	Anfrage Herr Dedow - Serviceoptimierung StB/Zulassungsstelle, Servicezeiten am Samstag
8.7.	Anfragen Herr Wegner/Frau Menorca/Herr Röttger - Wertstoffsäcke (gelbe Säcke), Einrichtung Sammelstellen, Abfuhrintervall, Gastronomiemüll
8.8.	Verschiedenes Frau Mählenhoff - Übung Verkehrsunfallgroßlage Eutin
8.9.	Verschiedenes Herr Otte - Richtlinie Pflanzung von Straßenbäumen

Nichtöffentlicher Teil:

9.	Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 17.01.2017
10.	Mitteilungen
11.	Vorlagen
12.	Berichte und Antworten
12.1.	Aufstellung des Hafenentwicklungsplans 2030 – Vergabe von Planungs- und Beratungsleistungen zu Lärm und Luftschadstoffen(5.691) Vorlage: VO/2017/04543
13.	Neue Anfragen und Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

14.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schubert eröffnet die 33. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 GO per Handschlag das bürgerliche Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Verpflichtet wird:

Herr Joachim Hess.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der TOP 4.2.2 und 7.1 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste sowie die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.01.2017

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Abschiebungen in Lübeck/Aufenthaltsrechtliche Behandlung straffälliger AusländerInnen

Herr Hinsen teilt mit, dass im Jahr 2016 insgesamt 54 Personen abgeschoben worden seien. Die Abschiebungen enthielten sowohl Rückführungen nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen, als auch Abschiebungen in das Heimatland. Der Schwerpunkt liege momentan aber darin, Personen zur freiwilligen Ausreise zu bewegen. Im Zeitraum Januar 2016 bis Oktober 2016 seien 325 Flüchtlinge freiwillig aus Deutschland ausgereist. Insgesamt seien im Jahr 2016 570 Gespräche zur freiwilligen Rückkehr ins Heimatland mit ausreisepflichtigen oder ausreisewilligen Ausländern geführt worden.

Des Weiteren berichtet Herr Hinsen über die Kooperationsvereinbarung zwischen Polizei und Stadt zur Abschiebung straffälliger Ausländer.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Menorca und Dedow beantwortet Herr Hinsen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.2 Projekt RainAhead (vorgezogen)

Herr Dr. Einfalt stellt das Projekt RainAhead anhand einer Präsentation dar.¹

Nachfragen der Ausschussmitglieder Mählenhoff, Wegner und Metzner beantworten Herr Dr. Einfalt, Herr Hinsen und Frau Schäfers.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.3 Stickoxidwerte an Lübecker Straßen

Frau Schäfers teilt mit, dass 2016 in der Moislinger Allee und im Hochschulstadtteil kein Monatsmittelwert den zulässigen Grenzwert für das Jahresmittel ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) überschreite. In der Fackenburger Allee liege für die Monate März, November und Dezember eine Überschreitung von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ vor, der gesetzlich geforderte Jahresmittelwert werde allerdings eingehalten. Der Einfluss des Verkehrs auf die Höhe der NO_2 -Konzentrationen sei deutlich erkennbar. Die geltenden Jahres-Grenzwerte würden zwar eingehalten, die weitere Verringerung der NO_2 -Konzentrationen sei aus Sicht des Gesundheitsschutzes trotzdem anzustreben.²

Fragen der Ausschussmitglieder Wegner, Müller, Otte, Schubert, Mählenhoff und Metzner sowie des Seniorenbeirats Herrn Zander beantwortet Frau Schäfers.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.4 Baumfällungen ehem. Bahnhof Schlutup

Herr Hinsen berichtet, dass zahlreiche Bäume und Sträucher auf dem Gleisgelände des ehemaligen Bahnhofs Schlutup gefällt worden seien. Beinahe der gesamte Bewuchs sei entfernt worden und habe zur Abfuhr bereit gelegen. Ein Teil des beseitigten Bewuchses sei Bestandteil eines gesetzlich geschützten Biotops gewesen. Für die genannten Gehölzbeseitigungen, Baumfällungen und sonstigen Veränderungen lägen keine Genehmigungen der unteren Naturschutzbehörde vor. Eine Nachfrage beim Bereich Stadtplanung und Bauordnung der Hansestadt Lübeck ergab ebenfalls, dass dort bisher keine Baugenehmigung beantragt worden sei. Die Firma werde momentan angehört. Dann werde über weitere Maßnahmen entschieden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.5 Erfahrungen „Semistationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen“

Herr Ohlow gibt die aktuellen Zahlen der semistationären Geschwindigkeitsmessenanlagen bekannt:

1. Dornbreite: 24.01.2017 bis 30.01.2017
6158 Durchfahrten, davon 269 gemessen
Spitzengeschwindigkeit 75 km/h

¹ Anlage 1 Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

² Anlage 2

2. Maria-Goeppert-Str. 31.01.2017 bis 06.02.2017
4632 Durchfahrten, davon 249 gemessen
Spitzengeschwindigkeit 62 km/h
3. Fackenburg Allee: 07.02. 2017 bis 13.02. 2017
56718 Durchfahrten, davon wurden 463 gemessen
Spitzengeschwindigkeit 87 km/h
4. Brandenbaumer Landstraße: 14.2. bis 20.2 2017
36083 Durchfahrten, davon 88 gemessen
Höchstgeschwindigkeit 82 km/h

Nachfragen der Herren Müller, Röttger und Wegner beantwortet Herr Ohlow.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

zu 4.3.1 Wasserqualität Kanaltrave

Anfrage siehe USO 17.01.2017 TOP8.6

Herr Hinsen teilt mit, dass die Wasserqualität der Kanaltrave durch organische Verschmutzungen aufgrund der Mischwasser-Abschläge negativ beeinflusst werde. Es sei davon auszugehen, dass durch den Bau der Fischtreppe sauberes Wakenitzwasser direkt in die Kanaltrave geleitet werde. Dadurch würde die Wasserqualität der Trave an der Einleitstelle voraussichtlich verbessert werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 4.4.1 Ankündigung von Fällung von Bäumen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der GAL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4500) Vorlage: VO/2017/04587

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.8 mit VO Nr. 4500 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Ankündigung von Fällung von Bäumen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen

Zukünftig wird immer dann, wenn Bäume im Zuge von Bau- oder Sanierungsmaßnahmen gefällt werden sollen, in Vorlagen des Ausschusses oder der Bürgerschaft gesondert darauf hingewiesen – analog zu dem Hinweis auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Herr Wegner schlägt die gemeinsame Beratung des Antrags der GAL mit dem Antrag der BfL vor. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Im Ausschuss werden die Anträge unter Beteiligung der Ausschussmitglieder Dr. Lengen, Mählenhoff, Wind-Olßon, Metzner, Dedow, Schubert und Wegner sowie des Bürgerschaftsmitglieds Mentz kontrovers diskutiert. Ein Teil der Vorgenannten hält die Vorlagen in der jetzigen Form für ausreichend, man werde dadurch umfassend informiert, der andere Teil plädiert für die in den beiden Anträgen geforderten Punkte.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit welches der Ausschuss bei 4-Jastimmen, 8-Neinstimmen und 2-Stimmenthaltungen mehrheitlich ablehnt.

Herr Schubert beantragt die Vertagung der beiden Anträge, was der Ausschuss bei 5-Jastimmen, 9-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen mehrheitlich ablehnt.

Herr Hinsen gibt zu bedenken, dass die Anträge nahezu jede B-Plan-Vorlage betreffen. Bei einer zusammenfassenden Angabe der „zu fällenden Bäume“ auf der Beschlussvorlage würde ein einzelner, bei der Abwägung zu berücksichtigender Belang, förmlich herausgestellt. Damit werde zwangsläufig der Eindruck befördert, dem Belang der Erhaltung von Bäumen käme im Rahmen der Abwägung generell eine besonders gewichtige Bedeutung zu. Eine solche generelle Vorwegabwägung stehe jedoch dem Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB grundsätzlich entgegen, wonach die von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange gleichberechtigt gegeneinander und untereinander abzuwägen seien. Des Weiteren würden Vorlagen idealerweise vor dem Bauausschuss und der Bürgerschaft im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beraten. Nach Absprache mit dem Fachbereich 5 werde man künftig verstärkt auf diesen Umstand achten, sofern es nicht aufgrund der Sitzungsabstände zu erheblichen Verzögerungen kommen könnte.

Herr Dr. Lengen beantragt die nachfolgende Ergänzung zum Antrag der GAL-Fraktion (VO2017/04500) als Empfehlung des Ausschusses an die Bürgerschaft:

*„Zukünftig wird immer dann, wenn **geschützte Bäume gemäß Baumschutzsatzung** im Zuge von Bau- oder Sanierungsmaßnahmen gefällt werden sollen, in Vorlagen des Ausschusses oder der Bürgerschaft gesondert darauf hingewiesen – analog zu dem Hinweis auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.“*

Der Ausschuss stimmt der Ergänzung bei 8 - Jastimmen, 6 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen mehrheitlich zu und empfiehlt der Bürgerschaft im Sinne des ergänzten Antrags zu verfahren.

**zu 4.4.2 Ankündigung von Fällung von Bäumen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der BfL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4535)
Vorlage: VO/2017/04588**

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.8.1 mit VO Nr. 4535 den nachstehend aufgeführten Antrag der BfL-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Ankündigung von Fällung von Bäumen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen

Die Verwaltung soll die Vorlagen für Planungen und Vorhaben, deren Umsetzung mit der Fällung von Bäumen mit einem Stammumfang von mindestens 50 cm, gemessen in 1,30 m Höhe, einhergehen kann, auf der ersten Seite mit einem hervorgehobenen Hinweis versehen, aus der sich Anzahl, Art, ungefähres Alter und ungefähre Höhe der betroffenen Bäume ergibt. Diese Vorlagen sind zuerst im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zu beraten.

Beratung siehe TOP 4.4.1

Herr Schubert lässt über den Antrag der BfL-Fraktion abstimmen.

Der Ausschuss spricht sich bei **3** - Jastimmen, **11** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen mehrheitlich gegen den Antrag aus und empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag abzulehnen.

zu 4.4.3 Verbot von Streusalz
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der GAL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4502)
Vorlage: VO/2017/04589

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.10 mit VO Nr. 4502 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:*

Verbot von Streusalz

Die Stadt Lübeck weist alle Einzelhändler und Tankstellen darauf hin, dass der Einsatz von Streusalz nicht erlaubt ist. Sie werden von der Stadt Lübeck aufgefordert, den Verkauf von Streusalz einzustellen. Parallel soll die Bevölkerung aufgeklärt werden, warum der Einsatz von Streusalz schädlich und deshalb für private Haushalte verboten ist.

Es sprechen die Ausschussmitglieder Dedow, Menorca und Wegner.

Herr Schubert lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss spricht sich bei **2** - Jastimmen, **12** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen mehrheitlich gegen den Antrag aus und empfiehlt dem Bauausschuss, den Antrag abzulehnen.

zu 4.4.4 Baumpflege Untertrave - Austausch Antrag -
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der GAL-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4562)
Vorlage: VO/2017/04651

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.12.1 mit VO Nr. 4562 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Baumpflege Untertrave

- 1. Im nächsten Umweltausschuss soll berichtet werden, welche Pflegemaßnahmen für den Erhalt und die Vitalisierung der 48 Winterlinden an der Untertrave notwendig sind. Auch soll berichtet werden, wann geplant ist, diese Maßnahmen durchzuführen.*
- 2. Bei der Planung und Durchführung dieser und weiterer Maßnahmen sollen VertreterInnen des Aktionsbündnis „LÜBECKS LINDEN LEBEN LASSEN“ in einer Arbeitsgruppe einbezogen werden.*
- 3. Es soll jährlich darauf hingewiesen und eingehalten werden, dass der Einsatz auftauender Mittel auch im Bereich der Untertrave verboten ist.*
- 4. Die Pflege- und Vitalisierungsmaßnahmen werden nicht durch eine Firma für Baumpflege durchgeführt, deren Gesellschafter oder Geschäftsführer in der Thematik um die Linden vorgefasst sind.*

Herr Schubert beantragt die punktweise Abstimmung, was der Ausschuss einstimmig beschließt.

- zu 1. Der Ausschuss spricht sich bei **4**-Jastimmen, **10**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen mehrheitlich gegen den Punkt aus und empfiehlt der Bürgerschaft, den Punkt abzulehnen.
- zu 2. Der Ausschuss spricht sich bei **1**-Jastimme, **12**-Neinstimmen und **1**-Stimmenthaltung mehrheitlich gegen den Punkt aus und empfiehlt der Bürgerschaft, den Punkt abzulehnen.
- zu 3. Der Ausschuss spricht sich bei **1**-Jastimme, **13**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen mehrheitlich gegen den Punkt aus und empfiehlt der Bürgerschaft, den Punkt abzulehnen.
- zu 4. Der Ausschuss spricht sich bei **1**-Jastimme, **13**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen mehrheitlich gegen den Punkt aus und empfiehlt der Bürgerschaft, den Punkt abzulehnen.

zu 4.4.5 Erhalt der Linden an der Untertrave - Antrag Einwohnerversammlung vom 05.07.2016; Überweisung aus der Bürgerschaft - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4009) Vorlage: VO/2017/04591

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 10.1 mit VO Nr. 4009 den nachstehend aufgeführten Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 betr. Erhalt der Linden an der Untertrave einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Erhalt der Linden an der Untertrave (Antrag Einwohnerversammlung)

Die Linden werden erhalten und in die vorhandene Planung integriert.

Der Ausschuss betrachtet den Antrag einstimmig, bei **14**-Jastimmen, **0**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen, durch den Bürgerentscheid als erledigt.

zu 4.4.6 Erhalt der Linden an der Untertrave mit künstlerischer Gestaltung - Antrag Einwohnerversammlung vom 05.07.2016; Überweisung aus der Bürgerschaft - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Januar 2017 (VO/2017/4010) Vorlage: VO/2017/04592

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 10.2 mit VO Nr. 4010 den nachstehend aufgeführten Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 betr. Erhalt der Linden an der Untertrave mit künstlerischer Gestaltung einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Bauausschuss (federführend) überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Erhalt der Linden an der Untertrave mit künstlerischer Gestaltung (Antrag Einwohner-versammlung)

Die Linden werden erhalten mit künstlerischer Gestaltung von Mosaik-Mauerresten, die mit dem Wurzelwerk verbunden bleiben.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Fischer, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.

Frau Fischer erläutert den Antrag aus der Einwohnerversammlung näher.

Herr Zahn verlässt gegen 18:10 Uhr die Sitzung.

Der Ausschuss spricht sich bei 4-Jastimmen, 8-Neinstimmen und 1-Stimmenthaltung mehrheitlich gegen den Antrag aus und empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag abzulehnen.

zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für finanzielle Unterstützung des Walderlebnistags 2016 in Höhe von 3.000 EUR Vorlage: VO/2016/04468

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für finanzielle Unterstützung des Walderlebnistags 2016 in Höhe von 3.000 EUR wird angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 13-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6.2 Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für finanzielle Unterstützung des Projekts "Themenweg Rittbrockpfad" in Höhe von 25.000 EUR Vorlage: VO/2016/04469

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für finanzielle Unterstützung des Projekts „Themenweg Rittbrockpfad“ in Höhe von 25.000 EUR wird angenommen.

Frau Metzner macht darauf aufmerksam, dass es eigentlich „Rittbrookpfad“ heißen müsste.

Frau Mühlenhoff fragt nach, was es mit dem „Themenweg“ auf sich habe. Die Antwort wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.³

Der Ausschuss empfiehlt bei 13-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6.3 Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck zur Unterstützung des Projekts "Wiedervernässung von Mooren in den Revieren Behlendorf und Lauerholz" in Höhe von 19.500 EUR Vorlage: VO/2016/04470

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck zur Unterstützung des Projekts „Wiedervernässung von Mooren in den Revieren Behlendorf und Lauerholz“ in Höhe von 19.500,00 Euro wird angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 13-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

³ Anlage 3 Informationen zum Umweltbildungsprojekt Rittbrookpfad

zu 7 Berichte und Antworten

zu 7.1 Förderung der E-Mobilität Vorlage: VO/2016/04454 (vorgezogen)

Ergänzend zum Bericht führt Herr Breitrück aus, dass der Verwaltungsstandort Mühlentor seit dem 20.11.2016 über drei E-Autos für den dienstlichen Gebrauch verfüge. Es handle sich um Fahrzeuge des Typs BMW i3 mit einem Range Extender. Die Fahrzeuge hätten eine elektrische Reichweite bis zu 200 km und als Reserve eine benzingestützte Reichweite von bis zu 100 km. Die Fahrzeuge stünden allen am Standort VZM angesiedelten Fachbereichen zur Verfügung. Insgesamt sei die Hansestadt Lübeck derzeit (Stand 31.01.2017) mit 13 E-Fahrzeugen ausgestattet, davon 7 Fahrzeuge bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck, 3 beim Fachbereich 5 und je 1 Fahrzeug bei den Fachbereichen 2, 3 und 4.

Fragen der Ausschussmitglieder Mählenhoff, Zahn und Wegner beantwortet Herr Krause.

Die Frage von Herrn Zahn, ob es rechtlich möglich sei, E-Autos kostenlos zuzulassen, werde man prüfen, so Herr Hinsen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Zahn nimmt gegen 18:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.

zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 8.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Anfrage des Ausschussmitglieds Mählenhoff: Entwicklung der Feinstaubbelastung der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2017/04566

Anfrage:

In den letzten Wochen traten in Lübeck häufiger austauscharme Wetterlagen auf.

- *Wie hat sich in diesen Wetterlagen die Feinstaubbelastung in der Stadt entwickelt - speziell in der Innenstadt, in den Stadtteilen mit Fernverkehrsstraßen und in Travemünde?*
- *Wurden Grenzwerte überschritten?*
- *Gab es Gesundheitsgefährdungen für sensible Bevölkerungsgruppen (Kinder, Senioren, Menschen mit gesundheitlichen Problemen)?*

Bitte eine Liste mit den Werten seit November 2016 zusammenstellen.⁴

Frau Schäfers gibt bekannt, dass Feinstaub (PM10) in Lübeck an zwei Messstandorten erfasst werde:

- a. in der Moislinger Allee in der Nähe der Kreuzung Lachswehrallee als repräsentativer Standort für die Exposition der Wohnbevölkerung durch den Straßenverkehr.
- b. im Hochschulstadtteil in der Maria-Goeppert-Straße als repräsentativer Standort für die Exposition der Wohnbevölkerung im städtischen Hintergrund. Seit dem 1.1. 2005 sind für Feinstaub (PM10) folgende Grenzwerte einzuhalten:

⁴ Anlage 4

- Jahresmittelwert (Kalenderjahr): 40 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) Luft
- Tagesmittelwert: 50 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ dürfen 35 Mal im Kalenderjahr überschritten werden.

In Schleswig-Holstein seien seit dem Jahr 2005 keine Überschreitungen des Jahres- Mittelwertes für Feinstaub „PM10“ festgestellt worden. Bisher würden die Überschreitungen des Tagesmittelwertes in Lübeck aber immer deutlich unter den „erlaubten“ 35 pro Jahr bleiben.⁵

Die Grenzwerte gelten für alle Bevölkerungsgruppen. Als sicher gelte, dass die Absenkung der Feinstaubbelastungen in der Außenluft auch unterhalb der geltenden Grenzwerte mit einem konkreten Gewinn für die Gesundheit und die Lebensdauer der EinwohnerInnen verbunden sei. Eine Verringerung der bestehenden Immissionsbelastung in Städten sei daher dringend anzustreben.

Herr Müller fragt nach, ob schon die Messergebnisse aus der Wallstraße vorliegen würden. Frau Schäfers verneint dies.

Herr Wegner macht auf ein Schreiben eines Bürgers an die Fraktionen aufmerksam. In diesem Schreiben wird sich auf eine mögliche Einführung einer Verordnung zum Verbot des Betriebs von Kaminöfen bei Überschreitung der Schadstoffwerte nach dem Beispiel der Stadt Stuttgart bezogen. Er bittet diesbezüglich zur nächsten Sitzung um Stellungnahme.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 CDU - Anfrage des Ausschussmitglieds Menorca: Warnsysteme vor Katastrophen Vorlage: VO/2017/04575

Anfrage:

Welche Warnsysteme wird die Hansestadt Lübeck nutzen, um zukünftig die Bürgerinnen und Bürger vor Katastrophen zu warnen?

Herr Neumann führt aus, dass der Artikel vom 24.01.2017 in den Lübecker Nachrichten suggeriere, dass sich kurzfristig Änderungen in der Organisation der Warnung der Bevölkerung ergeben würden. Dies sei aber nicht der Fall. In Lübeck solle weiterhin per Lautsprecherdurchsage von Feuerwehrfahrzeugen aus gewarnt werden. Mit Ertüchtigung der Leitstelle durch das modulare Warnsystem MoWaS bestehe dann die Möglichkeit, durch Rundfunkdurchsagen, Fernsehsendungen und ggf. auch über Internetseiten die Bevölkerung zu erreichen. Langfristig ist der Aufbau eines Sirensystems zu prüfen. Hierfür sollte abgewartet werden, wie sich der Bund bzw. das Land in Bezug auf Fördermittel verhält.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Menorca, Röttger und Müller beantwortet Herr Neumann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3 Anfrage Herr Schubert - Fledermäuse im Sellschopp-Haus

Herr Hinsen verliest die Antworten auf die per Email eingereichten Fragen von Herrn Schubert:

1. Ist durch das Abdecken des Daches der Fledermausschutz gewährleistet?

⁵ Anlage 5

In der einschlägigen Arbeitshilfe des LBV-SH zur Beachtung der artenschutzrechtlichen Belange wird empfohlen, vor einem Abriss von Gebäuden durch Entwertung oder Verschluss nicht besetzter Quartiere sicherzustellen, dass Fledermäuse die Gebäude zum Zeitpunkt der Durchführung der Abrissarbeiten nicht als Quartier nutzen und nicht getötet werden. Dieses Verfahren setzt aber voraus, dass vorher die zum Abriss vorgesehenen fachgerecht aufquartierende Fledermäuse untersucht werden und besetzte Quartiere aufgrund der Untersuchungsergebnisse sicher ausgeschlossen werden können. Nach Kenntnis der UNB fand eine solche Untersuchung vor dem Abdecken der Dachziegel nicht statt.

2. Lag vor dieser Abbau-Maßnahme ein Gutachten bzw. eine gutachterliche Stellungnahme zum Fledermausschutz vor?

Nein, nach Kenntnis der UNB nicht (s.o.).

3. Sind die Abrissmaßnahmen mit dem Fachbereich 3 und mit zuständigen Landesbehörden abgestimmt?

Es fanden Besprechungen mit Vertretern des Bereichs UNV am 28.05.2014, am 01.02.2017 und am 15.02.2017 statt. Dabei wurde u.a. gefordert, dass vor Beginn der Abbrucharbeiten durch eine Fachgutachterin oder einen Fachgutachter untersucht wird, inwieweit der Gebäudekomplex von Fledermäusen als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte genutzt wird.

Nach Kenntnis der UNB erfolgten bisher keine Abstimmungen mit zuständigen Landesbehörden bezüglich des Fledermausschutzes.

4. Im Rahmen welcher baurechtlichen Genehmigungen erfolgte die Abdeckung des Daches, wenn (laut LN vom 11.02.17, Seite 13) eine frühere Baugenehmigung inzwischen verfallen ist?

Nach Auskunft von Herrn Heller (Stadtplanung und Bauordnung) ist für den Abriss des Sellschopphauses keine Genehmigung erforderlich, sondern lediglich eine Abrissanzeige. Diese lag ihm vor. Anders als bei einer Abrissgenehmigung kann der Bereich Stadtplanung und Bauordnung bei einer Anzeige keine Auflagen erteilen, sondern gibt den Anzeigenden nur Hinweise, dass geltende Vorschriften zu beachten sind und ggf. von anderen Behörden erforderliche Genehmigungen eigenständig einzuholen sind.

5. Stehen für die im Gebäude überwinternden Fledermäuse Ausweichquartiere zur Verfügung bzw. sind Ausweichquartiere längerfristig vorbereitet worden, um die Annahme neuer Quartiere zu gewährleisten?

Sofern die vorgesehenen Untersuchungen ergeben, dass zum Abriss vorgesehene Gebäudeteile die Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen erfüllen, werden artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Schaffung von Ersatzquartieren) erforderlich. Es wird eine der Aufgaben des fledermauskundlichen Gutachters sein, geeignete Maßnahmen zu empfehlen.

6. Welche Funktion hatte das seit 2006 leer stehende Gebäude für die Fledermäuse bisher (Schlafplatz, Nistplatz, Überwinterung etc.)?

Über die Bedeutung der leer stehenden Gebäude als Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Fledermäuse liegen der UNB bisher keine Daten oder Informationen vor.

7. Wie wirkt sich eine ggfls. erfolgende Störung des Winterschlafs auf die Tiere aus?

Jede Störung im Winterquartier kostet die betroffenen Fledermäuse wichtige Energiereserven (gespeichertes Körperfett). Sofern die Störung so massiv ist, dass sie die Fledermäuse zu einem Ortswechsel zwingen, führt das energieaufwändige Hochfahren der Körpertemperatur, der Flug und das anschließende Wiederherunterfahren zu einem erheblichen Verlust an Fettreserven. Bei jeder Störung geht so ungefähr die Menge an Körperfett verloren, die während zwei Wochen Winterschlaf verbraucht wird. Bei bereits geschwächten Tieren können Störungen sich deshalb auch letal auswirken.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Müller, Mühlenhoff, Schubert und Röttger beantworten die Herren Breitrück und Hinsin.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4 Anfrage AM Mauritz - Warnung vor gefährlichen Gasen
Vorlage: VO/2017/04660

Anfrage:

Anlässlich des Todesfalls von sechs Jugendlichen in Arnstein Ende Januar bitten wir die Verwaltung aufzuzeigen, wie Feuerwehr und Rettungskräfte in der Hansestadt Lübeck an ihren Einsatzorten z.B. vor Brand-, Explosions- und Sauerstoff verdrängenden Gasen geschützt und vor ihnen gewarnt sind. Welche Verbesserungen können nach Ansicht der Verwaltung eingeleitet werden, damit sich der Schutz der Rettungskräfte erhöht?

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 8.5 Anfrage AM Dr. Lengen - Bahnstrecke Lübeck - Bad Kleinen, Kosten Ausbau für die HL

Herr Dr. Lengen reicht die folgende Anfrage schriftlich ein:

Bahnstrecke Lübeck - Bad Kleinen - Kosten des Ausbaus, die die Hansestadt Lübeck kommunal treffen

Wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten, die bei der Hansestadt Lübeck als Kommune anfallen und ohne Beteiligung der Bahn aufgebracht werden müssten, wenn die Bahnlinie Lübeck – Bad Kleinen im Rahmen der Hinterlandanbindung der Fehmarn-Belt-Querung zur Ableitung von zusätzlichen Güter- und Personenzügen ausgebaut wird.....?

- 1. durch Bahnübergänge (z.B. Ratzeburger Allee, Dorfstr., etc.)*
- 2. durch Brücken: Welche Brücken könnten so bleiben wie sie sind, welche Brücken müssten nachgebessert werden? Was passiert insbesondere mit der Wakenitzbrücke, die ggf. saniert oder ausgebaut werden müsste?*
- 3. durch Zäune, um in der Nähe von Wohngebieten den Schutz von Fußgängern vor unbefugtem Betreten der Bahngleise zu verhindern bzw. durch Wanderwege in Eichholz in unmittelbarer Gleisnähe*
- 4. durch Ausbau der Bahnstrecke, die durch FFH-Gebiet verläuft*
- 5. durch Bau von Lärmschutzwällen wegen möglicherweise stärkerer Lärmbelastung*
- 6. Gibt es Kosten beim Haltepunkt St. Jürgen?*

Die Verwaltung möge mögliche Kosten benennen. Die Verwaltung wird gebeten, sich bei der Deutschen Bahn zu informieren und sich dafür einzutreten, nicht auf hohe zu erwartenden Kosten sitzen zu bleiben. Die Verwaltung wird weiterhin gebeten, sich bei der Deutschen Bahn zu erkundigen, inwieweit Randgleise durch den Hauptbahnhof reaktiviert werden, was Auswirkungen auf die Bahnhofsbrücke (Fackenburger Allee) wegen der Anzahl der Gleise (Breite des Gleisbaus) haben kann.

Begründung:

Beseitigung von „Hindernissen“ würde wohl hohe Kosten aufwerfen, die wohl zu 1/3 von der Stadt getragen werden müssten.

Anmerkung seitens der Protokollführung:

Die Anfrage fällt nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses. Herr Dr. Lengen hat mitgeteilt, die Fragen im Bauausschuss zu stellen.

zu 8.6 Anfrage Herr Dedow - Serviceoptimierung StB/Zulassungsstelle, Servicezeiten am Samstag

Herr Dedow fragt nach, ob man seitens der Verwaltung das Serviceangebot/die Öffnungszeiten der Stadtteilbüros/Zulassungsstelle auch auf samstagsvormittags erweitern könne.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 8.7 Anfragen Herr Wegner/Frau Menorca/Herr Röttger - Wertstoffsäcke (gelbe Säcke), Einrichtung Sammelstellen, Abfuhrintervall, Gastronomiemüll

Herr Wegner ist mit der Situation bzgl. der Wertstoffsäcke (gelbe Säcke) unzufrieden. So lagerten diese über Wochen im öffentlichen Raum, seien u.a. durch Vögel aufgepickt und der Inhalt fliege auf den Gehwegen/Straße rum. Er fragt nach, ob Anwohner/Eigentümer verpflichtet werden können, in einer auskömmlichen Art und Weise Sammelstellen vorzuhalten. Des Weiteren regt er an, die Abfuhrintervalle zu optimieren bzw. zu verkürzen. Frau Menorca ergänzt, dass bei Gastronomiemüll eine ähnliche Situation vorherrsche. Dieser lande zunehmend in öffentlichen Containern oder werde einfach abgestellt. Sie fragt nach, wie man da, evtl. durch eine Verordnung, einschreiten könne. Herr Röttger merkt abschließend an, dass die gelben Säcke von Haus aus schon sehr dünn seien und deshalb schneller aufreißen würden. Eventuell könnten die Säcke etwas dicker und dadurch reißfester gefertigt werden.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.8 Verschiedenes Frau Mählenhoff - Übung Verkehrsunfallgroßlage Eutin

Frau Mählenhoff macht auf eine Katastrophenschutzübung zu einer Verkehrsunfallgroßlage in der Rettberg-Kaserne Eutin aufmerksam. Detaillierte Informationen reiche sie für die Niederschrift nach.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Nachrichtlich zur Kenntnisnahme:

Katastrophenschutzübung "Verkehrsunfallgroßlage" vom 28. - 30.4.17 in der Rettberg-Kaserne in Eutin, Oldenburger Landstraße 13. Am 28.4.17 wird aufgebaut, am 29.4.17 von 8.00 bis 20.00 Uhr geübt, am 30.4.17 ist Abbau. Ein Bustransport zu den im Gelände verteilten Stationen ist vorgesehen. Einzelheiten werden z.Z. noch abgestimmt, sodass ein detaillierter Ablaufplan noch nicht vorliegt.

- es nehmen 100 Kräfte der Lübecker (!) Feuerwehr
 - 150 Mitglieder des THW aus SH
 - der Johanniter Rettungszug
 - die Ortungsgruppe des THW
 - die Rettungshundestaffel
- teil

Es wird moderne Technik, z.B. Wärmebilddrohnen, eingesetzt.

*Anmeldungen erfolgen direkt beim Leiter des Planungsstabes Holstein-Ost des Reservistenverbandes, Herrn Roland Loretan, Mail: Loretanroland@web.de
Tel. 0176/ 82441003*

InteressentInnen melden sich bitte per Email an.

Zu 8.9 Verschiedenes Herr Otte – Richtlinie Pflanzung von Straßenbäumen

Herr Otte teilt mit, dass er sich nochmals mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Einem Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter habe er entnommen, dass die Richtlinie nicht generell bindend sei, es verschiedene Methoden gebe und es im Ermessen des Bereichs liege, wie die Pflanzungen vorgenommen würden. Weitere Recherchen seinerseits bestätigten dies, so habe er u.a. eine Broschüre zu dieser Sache, die er Interessierten zur Verfügung stellen könne.⁶

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 19:00 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt gegen 19:08 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Herr Schubert schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Lübeck, den 27. Februar 2017

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider-Wendt
Protokollführung

⁶ <http://www.fill.de/fachgremien/baeume-und-gehoelze/baumpflanzungen.html>